



## Wohnraum

23.3.2022 – Die SPD-Fraktion fordert die Landesregierung auf, mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Im Jahr 2021 seien nur 5.239 neue mietpreisgebundene Wohneinheiten in Nordrhein-Westfalen entstanden, schreibt die Fraktion in einem Antrag ([17/16764](#)). Nötig sei ein „Bündnis für Wohnen“, um 100.000 neue Wohnungen jährlich zu schaffen, davon 25.000 mit Mietpreisbindung. Zu den „vordringlichen Aufgaben“ gehöre es, Kommunen Grundstücke des Landes für eine Bebauung zur Verfügung zu stellen und sie bei der Gründung von Wohnungsgenossenschaften zu unterstützen. Kommunen bräuchten zudem zusätzliche Vorkaufrechte, um wirksamer etwa gegen Grundstücksspekulationen vorgehen zu können. Das Wohnraumstärkungsgesetz sei dazu weiterzuentwickeln. Der Antrag wurde mit den Stimmen von CDU, FDP und AfD abgelehnt. Neben der SPD stimmten die Grünen dafür.

## Hochwasser

23.3.2022 – Nach der Unwetterkatastrophe vom Juli vergangenen Jahres hat die Grünen-Fraktion zahlreiche Maßnahmen zum nachhaltigen Wiederaufbau in den betroffenen Gebieten und für einen präventiven Hochwasserschutz gefordert. Sie legte dem Plenum dazu zwei Anträge zur Beratung vor ([17/14892](#) und [17/16730](#)). Darin heißt es u. a.: „Es bedarf eines Zusammenspiels von Klimaschutz und -anpassung, Hochwasserschutz, nachhaltiger Flächennutzung und Katastrophenschutz – und eines Umdenkens: Es wäre ein großer Fehler, nach der Flut alles einfach wieder aufzubauen und weiterzumachen wie zuvor. Wir müssen unsere Städte widerstandsfähiger machen!“ Konkret spricht sich die Fraktion dafür aus, kein Bauland mehr in hochwassergefährdeten Gebieten auszuweisen. Kritische Infrastruktur wie die

Stromversorgung müsse beim Wiederaufbau so hochwassersicher wie möglich gestaltet werden. Die Grünen wollen zudem Höchstgrenzen für den Flächenverbrauch verankern und einen Unwetterfonds mit bis zu einer Milliarde Euro auflegen, auf den die Kommunen zurückgreifen können. Beide Anträge wurden mit den Stimmen von CDU, FDP und AfD abgelehnt. Grüne und SPD stimmten zu. Ein Entschließungsantrag von CDU und FDP ([17/16840](#)) wurde angenommen.

## Kernenergie

23.3.2022 – Die AfD-Fraktion fordert eine Laufzeitverlängerung deutscher Kernkraftwerke bis 2035 und eine Wiederinbetriebnahme bereits abgeschalteter Kraftwerke. Dafür solle sich die Landesregierung auf Bundesebene einsetzen. Kernenergie sei wichtig „für eine verlässliche, kostengünstige und umweltverträgliche Energieversorgung“. Die Landesregierung solle den „Ausbau kerntechnischer Forschungsvorhaben auf Landesebene“ etablieren, um an der Entwicklung von Kernkraftwerken der vierten und fünften Generation zu partizipieren, heißt es u. a. in dem Antrag ([17/16762](#)), der mit den Stimmen von CDU, SPD, FDP und Grünen abgelehnt wurde.

## Kindeswohl

23.3.2022 – Wenn Ärztinnen und Ärzte bei der Untersuchung Minderjähriger den Verdacht auf Kindesmisshandlung haben, dürfen sie sich künftig ohne Einverständnis der Erziehungsberechtigten untereinander austauschen. Möglich wird dies durch ein neues Gesetz ([17/14280](#)), das der Landtag einstimmig verabschiedet hat. Die Fraktionen von CDU und FDP hatten den Gesetzentwurf eingebracht. Es habe bislang eine „rechtliche Unsicherheit zwischen einer erforderlichen Offenbarung zum Schutze eines

höherwertigen Rechtsgutes und einem strafbewehrten Verstoß gegen die Verschwiegenheitspflicht der Ärztinnen und Ärzte“ vorgelegen, so die Fraktionen. Der Bundesgesetzgeber habe das erkannt und den Ländern „Regelungsbefugnisse zu einem fallbezogenen interkollegialen Austausch von Ärztinnen und Ärzten“ eingeräumt. Durch eine Änderung des Heilberufegesetzes könne der Kinderschutz nun gestärkt werden.

## Tagebau

23.3.2022 – Vor dem Hintergrund der Unwetterkatastrophe vom Juli 2021 spricht sich die SPD-Fraktion für eine strengere Überwachung der Sicherheit von Tagebauen aus. Nach tagelangem Starkregen war im Sommer vergangenen Jahres eine Kiesgrube in Erftstadt-Blessem geflutet worden. Drei Häuser stürzten ein, in der Folge mussten weitere Häuser abgerissen werden. In ihrem Antrag ([17/16768](#)) kritisiert die SPD, dass es derzeit zu viele unterschiedliche Behörden gebe, die für die Genehmigung und Kontrolle von Abgrabungen zuständig seien. Es müssten daher neue Aufsichts- und Genehmigungsstrukturen entwickelt werden, um möglichst landeseinheitliche Vorhaben durchsetzen zu können. Zudem soll ein zentrales Kataster aller aktiven und eingestellten Abbaufelder entstehen. Der Antrag wurde mit den Stimmen von CDU und FDP abgelehnt. Dafür stimmten SPD, Grüne und AfD.

## Getreideversorgung

23.3.2022 – Der russische Angriffskrieg in der Ukraine hat auch Auswirkungen auf die Versorgungssicherheit beim Getreide. Darauf verweisen die Fraktionen von CDU und FDP in einem Antrag ([17/16769](#)). Darin heißt es u. a., dass die Ukraine und Russland gemeinsam mehr als 25 Prozent des weltweit gehandelten



Weizens exportierten. In der Ukraine sei der Getreideexport zum Erliegen gekommen. An den Börsen stiegen die Weizenpreise angesichts des Krieges derzeit rasant. Schon bald könne es zu einer globalen Hungerkrise kommen. Daneben müssten die Auswirkungen des Preisanstiegs bei wichtigen Agrarprodukten auf die heimische Landwirtschaft mit Sorge gesehen werden. Die Fraktionen fordern, dass die Europäische Kommission den Mitgliedstaaten die vorübergehende Aussetzung von Verpflichtungen zur Stilllegung landwirtschaftlicher Flächen ermögliche. Zudem müsse es auf Bundesebene Gespräche darüber geben, welche Spielräume für eine kurzfristige Steigerung der Erzeugung von Agrarprodukten in Deutschland und der EU eröffnet werden könnten. Der Antrag wurde mit den Stimmen von CDU und FDP angenommen. Dagegen stimmten SPD, Grüne und AfD.

## Untersuchungsausschüsse

März/April 2022 – Drei Parlamentarische Untersuchungsausschüsse (PUA) haben im Plenum ihre Abschlussberichte vorgelegt. Der PUA I („Fall Amri“) hatte sich mit Bezügen des islamistischen Attentäters vom Berliner Breitscheidplatz, Anis Amri, nach Nordrhein-Westfalen befasst ([17/17](#), [17/16890](#)). Im PUA II („Hackerangriff/Stabsstelle“) ging es um einen vermeintlichen Hackerangriff auf die frühere Umweltministerin Christina Schulze Föcking (CDU) sowie die Auflösung der Stabsstelle Umweltkriminalität im Ministerium ([17/2753](#), [17/16760](#)). Im Mittelpunkt der Arbeit des PUA III („Kleve“) stand der Tod eines zu Unrecht inhaftierten Syrers in der Justizvollzugsanstalt Kleve ([17/4293](#); [17/16940](#)). Die Untersuchungsausschüsse IV („Kindesmissbrauch“; [17/6660](#), [17/16770](#)) und V („Hochwasserkatastrophe“; [17/14944](#) Neudruck, [17/16930](#)) haben Zwischenberichte präsentiert. Im PUA

IV ging es um den jahrelangen sexualisierten Kindesmissbrauch auf einem Campingplatz in Lügde (Kreis Lippe). Thema des PUA V war die Hochwasserkatastrophe vom Sommer 2021.

## Straßenausbaubeiträge

24.3.2022 – Die Straßenausbaubeiträge sollen in Zukunft aus der Landeskasse bezahlt werden. Der Landtag hat einen entsprechenden Antrag von CDU und FDP ([17/16774](#)) in namentlicher Abstimmung angenommen. Dafür stimmten 102 Abgeordnete und 61 dagegen, bei 11 Enthaltungen. Gegen die Beiträge, die bei der Sanierung einer Straße für Hausbesitzer fällig werden, hatte es in der Vergangenheit Proteste gegeben. Laut Antrag soll die Landesregierung dem Landtag nun bis zum 30. Juni 2022 ein Konzept vorlegen, „wie die Verpflichtung zur Erhebung von Straßenausbaubeiträgen aufgegeben werden kann“. Die Regelung solle rückwirkend ab 2020 gelten. Die SPD-Fraktion hatte ebenfalls einen Entwurf für ein „Gesetz zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge“ ([17/4115](#)) vorgelegt, der im Plenum in Zweiter Lesung mitberaten und in namentlicher Abstimmung abgelehnt wurde. 83 Abgeordnete stimmten für den Entwurf und 91 dagegen. Enthaltungen gab es keine.

## Freiheitsstrafen

24.3.2022 – Der Landtag hat sich mit dem Antrag „Ersatzfreiheitsstrafen vermeiden“ ([17/16744](#)) der Grünen-Fraktion befasst. Wer zu einer Geldstrafe verurteilt wird, aber nicht zahlt, muss ersatzweise in Haft. „Die Ersatzfreiheitsstrafe ist ungerecht, da sie ganz überwiegend arme und bereits stark belastete Menschen trifft und so gut wie nie Menschen mit Vermögen“, kritisiert die Fraktion. Zudem bleibe der gewünschte positive Effekt aus, die Kosten hingegen seien hoch. Die Grünen schlagen verschiedene Maßnahmen vor,

um eine solche Freiheitsstrafe zu vermeiden, darunter Ratenzahlung und die Abgeltung der Geldstrafe durch Freie Arbeit statt Haft. Aufsuchende Sozialarbeit solle vorbeugend gegen Kriminalität wirken. Schwarzfahren solle entkriminalisiert werden, denn mehr als die Hälfte der Ersatzfreiheitsstrafen kämen durch Fahren ohne Fahrschein zustande. Mit einer Vielzahl von Maßnahmen ließen sich bis zu 1.200 Gefangene pro Tag vermeiden. Das entlaste die Betroffenen, die Gerichte und Staatsanwaltschaften sowie den Justizvollzug. Der Antrag wurde mit den Stimmen von CDU, FDP und AfD abgelehnt. Grüne und SPD stimmten dafür.

## Einsamkeit

24.3.2022 – Die Enquetekommission IV „Einsamkeit. Bekämpfung sozialer Isolation in Nordrhein-Westfalen und der daraus resultierenden physischen und psychischen Folgen auf die Gesundheit“ hat ihren Abschlussbericht vorgelegt ([17/16750](#)). Am Ende von gut zwei Jahren Recherche, intensiver Befassung, kontroverser Diskussion und Anhörung externer Sachverständiger liegen nun 65 Handlungsempfehlungen vor. Unter anderem empfiehlt die Enquetekommission, „die Prävention und Bekämpfung von Einsamkeit und sozialer Isolation fest im Regierungshandeln zu verankern, kontinuierlich zu bearbeiten und eine Stelle einzurichten, die dies zentral koordiniert“. Ein regelmäßiger Einsamkeitsbericht soll Entwicklungen aufzeigen. Sondervoten von Fraktionen erläutern eine vom Abschlussbericht abweichende Bewertung bestimmter Handlungsempfehlungen. Der Landtag hatte die Einsetzung der Enquetekommission am 14. Januar 2020 auf Antrag der Fraktion der AfD beschlossen. Das Gremium konstituierte sich am 19. Mai 2020 und tagte bis Dezember 2021 insgesamt 19 mal.



## Enquetekommission

5.4.2022 – Der Landtag hat über den Abschlussbericht der Enquetekommission „Gesundes Essen. Gesunde Umwelt. Gesunde Betriebe“ beraten ([17/16800](#)). Er enthält 165 Handlungsempfehlungen, die sich an die Landes- und Bundesregierung sowie an die Europäische Union richten. Der Bericht beschreibt die aktuellen Rahmenbedingungen und Herausforderungen für die nordrhein-westfälische Ernährungsbranche, Landwirtschaft und die aktuelle Umweltsituation. Die Kommission war im Januar 2020 auf Antrag der FDP-Fraktion ([17/8414](#)) eingesetzt worden und beriet in 30 Sitzungen, 17 Obleute- und 86 Referentenrunden, insgesamt in rund 600 Stunden, u. a. die derzeitigen Strukturen und Entwicklungen sowie politischen Rahmenbedingungen auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene in der Landwirtschaft und im Ernährungssektor. Der Kommission gehörten 13 Mitglieder des Landtags sowie fünf sachverständige Mitglieder an.

## Opferschutz

5.4.2022 – In Nordrhein-Westfalen wird die Stelle eines oder einer Opferschutzbeauftragten langfristig eingerichtet. Der Landtag verabschiedete einstimmig einen entsprechenden Gesetzentwurf der Landesregierung ([17/16383](#), [17/16931](#)). Zum Hintergrund: Als erste Opferschutzbeauftragte ist Elisabeth Aucher-Mainz seit Dezember 2017 tätig. Das Amt war durch eine Allgemeine Verfügung des Ministeriums der Justiz eingerichtet worden. Eine der Kernaufgaben sei es, „Kriminalitätsoffern den ersten Zugang zu Hilfsangeboten zu erleichtern“, heißt es im Entwurf. Die Beauftragte sei mittlerweile zu einer „tragenden Säule des Opferschutzes“ geworden. Seit Beginn ihrer Tätigkeit hätten sich mehr

als 1.800 Hilfesuchende an sie und ihr Team gewandt, um Unterstützung zu bekommen.

## Petitionsausschuss

5.4.2022 – Der Petitionsausschuss hat über seine Arbeit während der zu Ende gehenden 17. Legislaturperiode berichtet. Den Landtag hätten insgesamt knapp 30.000 Eingaben erreicht, heißt es im Bericht des Ausschusses. Bis zum Ende der Legislaturperiode werde der Ausschuss 72-mal getagt und rund 28.000 Beschlüsse gefasst haben. In rund 3.500 Eingaben habe er auf seine Rechte aus Artikel 41a der Landesverfassung zurückgegriffen: Er hat betroffene Bürgerinnen und Bürger angehört, Akten eingesehen, Erörterungen mit Behörden durchgeführt oder Vor-Ort-Termine absolviert. Der Charakter der Petitionen habe sich in den vergangenen Jahren in Teilen gewandelt. Petitionen seien mehr und mehr zu einem Instrument der politischen Mitbestimmung geworden. Daher habe sich der Ausschuss auch mit Massen- und Sammelpetitionen beschäftigt, beispielsweise zu Maßnahmen während der Corona-Pandemie, zu Straßenausbaubeiträgen, zur Abschaffung oder zum Erlass des Rundfunkbeitrags, zum Einschulungstichtag für Kinder sowie zuletzt mit einer großen Initiative gegen die Errichtung einer Pflegekammer in NRW. Traditionell beschäftige sich der Petitionsausschuss aber mit Einzelfällen, konkreten Beschwerden über Entscheidungen von Behörden und damit mit persönlichen Schicksalen von Menschen.

## Schulfinanzierung

6.4.2022 – Die SPD-Fraktion will das System der Schulfinanzierung in Nordrhein-Westfalen grundlegend reformieren. Der Investitionsstau an Schulen werde landesweit auf 10 Milliarden Euro geschätzt, schreibt die Fraktion in einem

zur Debatte vorgelegten Antrag ([17/14938](#)). Die Pandemie habe Schwächen des Schulsystems offenbart, etwa die „unzureichende Digitalisierung, den baulichen Zustand vieler Schulen sowie die Bildungsgerechtigkeit insgesamt und die Notwendigkeit einer funktionalen Finanzierungsstruktur“. Die Beziehungen und Finanzierungs Kompetenzen zwischen Kommunen, Land und Bund müssten neu geregelt werden. „Für eine bessere Chancengleichheit und höhere Qualität muss das Bildungssystem finanziell erheblich besser ausgestattet und strukturiert werden.“ Auch der Städtetag NRW dränge auf eine grundlegende Reform der Schulfinanzierung. Der Antrag wurde abgelehnt. Dagegen stimmten die Fraktionen von CDU, FDP und AfD. SPD und Grüne stimmten dafür.

## Städtepartnerschaft

6.4.2022 – Die SPD-Fraktion spricht sich für den Ausbau und die Stärkung der Partnerschaften zwischen Städten in Nordrhein-Westfalen und der Türkei aus. In einem Antrag ([17/16920](#)) betont die Fraktion, dass diese derzeit rund 35 Partnerschaften seit vielen Jahren u. a. zu einem guten gesellschaftlichen Miteinander, dem Abbau von Vorurteilen und auch zu einem demokratie- und friedensstabilisierenden Zusammenhalt beitragen. Heute stünden zudem projekt- und sachorientierte Motive im Mittelpunkt, etwa bei den Themen Digitalisierung der Verwaltung und Umsetzung neuer Mobilitätskonzepte für den Stadtverkehr. Die Städte seien in diesem Sinne Akteure der sogenannten Urban Diplomacy. Die SPD forderte daher für die anstehende neue Wahlperiode u. a., die Städtepartnerschaften zu fördern und Neugründungen anzuregen. Zudem sei eine Parlamentariergruppe NRW-Türkei auch für den neuen Landtag von großer Bedeutung. Der Antrag wurde mit den Stimmen von CDU, FDP



und AfD abgelehnt gegen die SPD. Die Grünen enthielten sich.

## Denkmalschutz

6.4.2022 – Der Landtag hat ein neues Denkmalschutzgesetz für Nordrhein-Westfalen verabschiedet ([17/16518](#), [17/16999](#)). Die Landesregierung hatte den Entwurf eingebracht. Für das Gesetz stimmten die Fraktionen von CDU und FDP, dagegen waren SPD, Grüne, AfD. Nach vier Jahrzehnten sei eine Neufassung des Denkmalschutzgesetzes erforderlich, so die Landesregierung in ihrem Entwurf. Er orientiere sich „an den allgemein national und international anerkannten wissenschaftlichen Standards der Denkmalpflege und des Denkmalschutzes sowie an den Denkmalschutzgesetzen anderer Länder in der Bundesrepublik Deutschland“. So werde u. a. die Bedeutung von Gartendenkmälern hervorgehoben. Vorgesehen sei zudem ein „Landesdenkmalrat“ zur Beratung der obersten Denkmalbehörde. Ein Entschließungsantrag der SPD ([17/17007](#)) wurde abgelehnt.

## Große Anfrage: Migration

6.4.2022 – Die AfD-Fraktion hat in einer Großen Anfrage an die Landesregierung nach einer „Bilanz der Migration aus den Top-8-Asylherkunftsländern“ für Nordrhein-Westfalen gefragt ([17/14930](#)). Zu diesen Ländern zählten Afghanistan, Eritrea, Irak, Iran, Nigeria, Pakistan, Somalia und Syrien. Asylbewerber von dort wanderten seit 2015 „anscheinend überwiegend in das Sozialsystem ein“, heißt es in der Großen Anfrage. Von einer „nachhaltigen Zuwanderung zur Stärkung der deutschen Sozialsysteme bzw. zur Reduktion des Bedarfs an qualifizierten Fachkräften“ könne „überwiegend keine Rede sein“. Die Fraktion hat 43 Einzelfragen gestellt, u. a. nach dem Anteil

sozialversicherungspflichtig Beschäftigter. Die Antwort der Landesregierung ([17/15787](#)) umfasst 113 Seiten.

## Hass im Netz

6.4.2022 – Betroffene von Hasskommentaren im Internet, sogenannter Hate Speech, sollen nach dem Willen der Grünen-Fraktion künftig stärker unterstützt werden. Die Fraktion forderte in einem Antrag ([17/16899](#)) u. a. den Aufbau einer „personell gut ausgestatteten Melde- und Beratungsstruktur“ in Zusammenarbeit mit den Beratungsstrukturen aus der Arbeit gegen Rechtsextremismus und Rassismus sowie aus der Antidiskriminierungsarbeit. Zudem sollten speziell geschulte Ansprechpersonen bei der Polizei und bei den Staatsanwaltschaften benannt werden. Die Grünen betonten, dass Hate Speech seit Jahren ein wachsendes Problem sei. „Immer mehr Menschen werden mit Hassrede im Internet konfrontiert. Sie werden in diskriminierender Weise beleidigt, bedroht und angegriffen. Diese Taten verbleiben nicht nur in der digitalen Welt, sondern haben weitreichende Folgen für die Betroffenen und für die demokratische Debattenkultur.“ Der Antrag wurde mit den Stimmen von CDU, FDP und AfD gegen SPD und Grüne abgelehnt.

## Wald und Holz

7.4.2022 – Die Abgeordneten haben sich mit dem Zustand und der Bewirtschaftung des Waldes in Nordrhein-Westfalen befasst. Mehr als ein Viertel der Landesfläche (27 Prozent) sei bewaldet, heißt es in einem Antrag ([17/16910](#)) der Fraktionen von CDU und FDP, der der Debatte zugrunde lag. Der Klimawandel mache Bäumen zu schaffen. Die Landesregierung habe sich in der Schmallenberger Erklärung sowie im Waldpakt zur Unterstützung

des Waldes bekannt. Haushaltsmittel seien von 2017 bis 2022 auf 72,4 Millionen Euro gesteigert worden. Zudem erhalte der Landesbetrieb Wald und Holz jährlich rund 65 Millionen Euro aus dem Landeshaushalt. Das Waldbaukonzept aus dem Jahr 2018, das 2021 aktualisiert worden sei, habe die fachlichen Grundlagen für die Waldbewirtschaftung gelegt. Die Fraktionen fordern die Landesregierung u. a. auf, die Umsetzung des Waldbaukonzeptes weiterhin ins Zentrum der forstlichen Förderung zu stellen. Die Landesregierung solle sich bei der Bundesregierung weiterhin dafür einsetzen, dass die Klimaschutzleistungen des Waldes aus dem Klimafonds dauerhaft etwa mit dem Modell der Baumprämie gefördert würden. Der Antrag wurde mit den Stimmen der CDU und FDP angenommen. SPD, Grüne und AfD stimmten dagegen.

## Sprachkompetenz

7.4.2022 – Der Landtag hat die Landesregierung beauftragt, ein Konzept zur Förderung von Familiensprachen und Mehrsprachigkeit zu entwickeln. Ein entsprechender Antrag ([17/16911](#)) wurde mit den Stimmen der antragstellenden Fraktionen von CDU und FDP sowie der SPD beschlossen. Die AfD stimmte dagegen, die Grünen enthielten sich. Sprachkompetenz sei ein entscheidender Faktor für eine gelingende Integration, heißt es im Antrag. Für Menschen, deren erste Sprache nicht Deutsch sei, sei ein sicherer Umgang mit der Familiensprache essenziell, um die Landessprache erlernen zu können. Mehrsprachig aufzuwachsen, sei zudem eine Chance für das weitere Leben, das Lernen und den beruflichen Erfolg. Als ein Teil des geforderten Konzepts sollen Informations- und Qualifizierungsangebote für Zielgruppen wie pädagogisches Personal, Kinderärztinnen und -ärzte oder Elternberaterinnen und -berater verbessert und transparenter gestaltet werden.